

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P./XXIII/197

Bonn, den 16. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 S A A R L A N D 67

Zu den Kommunalwahlen am 20. Oktober 1968
Von Alwin Brück, MdB

3 - 4 Die Wahrheit über die Zonenrandpolitik (I) 75

Über Interessenkollisionen hinwegsetzen

4a Erhöhter Küstenschutz 48

Die Hauptlast trägt der Bund

5 - 6 Kanzler-Reise unter neuen Vorzeichen 84

Eine wichtige Rolle wird die EWG spielen
Von unserer HD-1-Korrespondenten in Madrid

* * *

S A A R L A N D

Zu den Kommunalwahlen am 20. Oktober 1968

Von Alwin Brück, MdB

Noch im Frühjahr herrschte angesichts der Ergebnisse der Landtagswahl in Baden-Württemberg auch bei den Sozialdemokraten im Saarland tiefer Pessimismus, wenn man an die Kommunalwahlen im Herbst dachte. Aber schon bei Beginn des Sommers verflieg bei vielen der Pessimismus und Hoffnung glimmte auf, nachdem deutlich geworden war, daß die Bevölkerung mehr und mehr die Leistungen der Sozialdemokraten in der Großen Koalition wahrnimmt. Jetzt - wenige Tage vor den Wahlen - ist aus der leisen Hoffnung, daß es doch nicht so schlimm werden würde, sogar Optimismus geworden. Niemand spricht mehr von Verlusten, man erwartet in vielen Gemeinden sogar Gewinne gegenüber der Wahl von 1964.

Schwungvoller als manchmal zuvor war auch die Parteiorganisation in den Wahlkampf gegangen. Man wußte, was auf dem Spiel stand. Außerdem brachte der Ausgang der Kommunalwahlen in Niedersachsen neuen Mut. Jetzt wußte man, daß für die SPD das Schlimmste überwunden ist. So kam es denn, daß plötzlich die CDU in die Abwehr gedrängt wurde. Die Sozialdemokraten hatten es schon vor Beginn des Wahlkampfes fertiggebracht, daß die Bevölkerung im Saarland darüber nachdenkt, warum die einst reiche Industrieregion heute das ärmste Bundesland ist. Jetzt bemüht sich die CDU verzweifelt, den Wählern zu beweisen, daß sie in der Wirtschaftspolitik nicht versagt hat. Angesichts der Zahl der Arbeitslosen im Saarland, angesichts der Tatsache, daß inzwischen Tausende junger Saarländer ihre Heimat verlassen haben, um in anderen Bundesländern Arbeit und Brot zu finden, ist das ein aussichtsloses Unterfangen.

Dabei war die CDU zu diesem Wahlkampf mit der Absicht angetreten, die Scharte von 1964 auszuweiten. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1964 war die SPD zum erstenmal in der Geschichte des Landes stärkste

Partei geworden, 39,9 Prozent der Wähler hatten ihre Stimme der SPD gegeben, 37,4 der CDU. Dieses Ergebnis glich einem politischen Erdbeben, da die SPD gegenüber der vorausgegangenen Kommunalwahl rund 10 Prozent hinzugewonnen hatte. Selbst die damals an sich schon sehr optimistischen Sozialdemokraten - man rechnete allgemein mit sechs Prozent Zuwachs - waren von diesem hohen Sieg überrascht worden. In einer kleinen Gemeinde des Landes, in der die SPD zum erstenmal mit einer Liste aufgetreten war, entfielen auf sie vier Mandate - aber auf der Liste waren nur drei nominiert gewesen.

Ob bei den Wahlen am 20. Oktober, bei denen 744 000 Bürger wahlberechtigt sind, die SPD die Spitzenposition gegenüber der CDU halten kann, ist nicht gewiß. Das hängt nicht nur von ihrem Abschneiden ab. Landtags- und Bundestagswahlen, die der Kommunalwahl von 1964 folgten, haben deutlich gemacht, daß die Wähler der SVP-CVP - eine Partei, die von Anhängern des früheren Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann gegründet worden war - mehr und mehr ins Lager der CDU abwandern. Von entscheidender Bedeutung wird daher sein, wieviele Wähler dieser Partei, die 1964 noch 7,2 Prozent der Stimmen erhalten hatte, jetzt noch einmal die SVP-CVP, die zumindestens für die Kreistagswahl in allen Kreisen kandidiert, wählen, wieviel der Wähler ihre Stimme der CDU oder aber der SPD geben. In Gemeinden, in denen die SVP-CVP nicht mehr auftritt, sind ehemalige SVP-CVP-Gemeinderatsmitglieder auf den Listen der CDU, aber auch der SPD - mit der sie oft zusammengearbeitet haben - zu finden. Das Ergebnis der Bundestagswahlen 1965, bei der die SVP-CVP nicht aufgetreten war, aber machte deutlich, daß die Wähler eher zur CDU hinneigen.

Keine großen Befürchtungen hat man an der Saar trotz der Strukturkrise in der Wirtschaft über das Abschneiden der NPD. Sie kandidiert zwar in allen Kreisen und in der Stadt Saarbrücken. Aber sonst brachte sie nur in wenigen Städten und Dörfern eine Liste auf die Beine. So erreichte sie zum Beispiel in den beiden Industriestädten Neunkirchen und Völklingen nicht die notwendige Zahl von Unterschriften für ihre Liste. Nach dem Kommunalwahlgesetz muß eine bisher in einem Stadt- oder Gemeinderat nicht vertretene Partei dreimal soviel Unterschriften beibringen wie das zu wählende Gremium Mitglieder hat. Von rund 90.000 Einwohnern, die die beiden Städte haben, waren keine 118 Bürger bereit, der NPD ihre Unterschrift zu geben. In einer anderen Stadt erreichte sie noch nicht einmal soviel Unterschriften wie der Stadtrat Mitglieder hat, geschweige denn die dreifache Zahl.

Die Wahrheit über die Zonenrandpolitik (I)

Über Interessenkollisionen hinwegsetzen

y - Es steht außer Zweifel: Seit Bildung der Großen Koalition in Bonn ist in der Zonenrandpolitik ein deutlicher Wandel eingetreten. Das trifft sowohl für die regionalen Förderungsprogramme des Bundes als auch für weitere Maßnahmen wie z.B. die jüngst vom Bundeswirtschaftsministerium gewährte 25-prozentige Investitionsprämie für industrielle Neuansiedlungen in Zonenrandgebieten zu. Über Finanzmittel, welche 1967/68 in den Zonenrand fließen, wurde in letzter Zeit wiederholt berichtet.

Bis 1966 blieben strukturpolitische Maßnahmen Experimente. Frühere Bundesregierungen konkretisierten und konzipierten nicht Konjunktur-, Wachstums- und Strukturpolitik in einem wirtschaftspolitischen Gesamtprogramm. In Ermangelung an einer sinnvollen Verbindung wußte man auch nicht, gezielte strukturpolitische Maßnahmen von weittragender Dauer zu entwickeln. Das Resultat schlug sich vor allem in den strukturgefährdeten Gebieten nieder. Dazu gehörten nicht nur der Zonenrand, sondern besonders auch das Ruhrgebiet und das Saarland.

Der größte Fehler der Strukturpolitik vergangener Jahre war jene "Gießkannenpolitik" ohne besonderen Effekt. Das veranlaßte sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker bereits lange vor der Großen Koalition in Bonn, gezielte Strukturmaßnahmen zu fordern. Wären diese Forderungen früher (als erst nach 1966) verwirklicht worden, hätte man das hervorstechende Ostwest-Gefälle oder heute klar erkennbare Monokulturen im Zonenrand und jene arbeitsmarktpolitischen Passivtendenzen an der Ruhr und der Saar im Keime ersticken können.

Frühere Bundesregierungen waren - besonders im Zonenrand - oft zu krassen Interessenkollisionen ausgesetzt. Daß sie diesen bei Förderungsmaßnahmen erlagen, war der Fehler.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, hat immer wieder die Förderung des Zonenrands als eine primäre nationale Aufgabe bezeichnet. Klare struktur- und zonenrandpolitische Zielvorstellungen sind aber zum ersten Mal überhaupt in der Amtszeit der Großen Koalition festzustellen. Daß es dabei des Zusammenspiels beider Regierungsparteien bedurfte, ist unverkennbar. Daß sich aber schließlich auf dem Gebiet der Struktur- und

Zonenrandpolitik sozialdemokratische Zielvorstellungen zu verwirklichen beginnen, ist ebenso unbestreitbar. Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller hat die Chancen, welche eine konjunkturelle Belebung für strukturpolitische Maßnahmen bietet, zu nutzen verstanden. Schiller zielte nicht nur auf den Ausbau regionaler Förderungsprogramme, sondern auf eine sinnvolle Koordination detaillierter Hilfsmaßnahmen hin. Der Bundeswirtschaftsminister zog mit den Länderregierungen "an einem Strick". Die zur Komplettierung einer gezielten Strukturpolitik unerlässlichen Detailmaßnahmen anderer Bonner Ministerien blieben nicht aus. Hier sei an die verkehrspolitische Projektierung von Bundesverkehrsminister Leber erinnert, und es soll auch dem Schatzminister Schmücker eingeräumt werden, daß er sich im Rahmen dessen um eine gewichtigere Position seines Ressorts in Bonn bemüht. Denn seine früheren Ministerkollegen verstanden es nicht, dem Schatzministerium eine bessere Plattform innerhalb der Bonner Hierarchie zu verschaffen. In seinen Vorstellungen findet Schmücker jedoch eher bei den Sozialdemokraten Unterstützung.

Industrielles Bundesvermögen und Strukturpolitik

"Am ärgerlichsten reagiert die SPD auf die erfolgreiche Arbeit im Raum Salzgitter", so war u.a. in Deutschland Uniondienst (DUD vom 3. Oktober 1968) unter der Überschrift "Sozialdemokratische Unwahrheiten" zu lesen. Damit wurde im DUD einmal der Versuch gestartet, den im SPD-Pressedienst vom 30. September 1968 erschienenen Bericht "Schmücker ohne Erfolg" zu torpedieren. Mit dem zitierten Satz wurde ferner ein empfindliches Kapitel der Zonen- und Bundesvermögenspolitik angeschnitten.

Durch eine Reihe unternehmerischer Maßnahmen sei es dem Bundesfinanzminister gelungen, eine beträchtliche Stärkung der Wirtschaftskraft dieses Raumes zu erreichen, hieß es in dem DUD-Bericht weiter. Dabei habe Schmücker immer die Meinung vertreten, daß es nicht erlaubt sei, das Wirtschaftsgebiet Wolfsburg, Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Salzgitter durch Übertriebene, wenn auch verständlichen Lokalpatriotismus zu zerschneiden.

Es ist kaum anzunehmen, daß Schmücker diesen Bericht vorher gelesen hat. Denn er wird es ganz sicher wissen, daß es in diesem Gebiet im südöstlichen Niedersachsen überhaupt nichts zu zerschneiden gibt, weil von einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet keine Rede sein kann. Und darin spiegelt sich auch einer der größten Fehlerquellen der Vergangenheit wider.

Erhöhter Küstenschutz

Die Hauptlast trägt der Bund

sp - Seit der Februar-Sturmflut 1962 sind an der schleswig-holsteinischen Westküste enorme Anstrengungen unternommen worden, um die Deichlinie zu verkürzen und die Landesschutzdeiche so fest zu machen, daß sie nach menschlichem Ermessen jeder neuen Flutkatastrophe standhalten können. Die Bundesregierung hat sich mit großen Beträgen in die Arbeiten eingeschaltet. Allein in diesem Jahr fließen von den 69,5 Millionen DM 50 Millionen aus dem Bundesetat. Bonn hat sich weitgehend auf den Standpunkt gestellt, daß der Schutz der Bevölkerung an den Küsten Fundessache ist.

Der Küstenschutzplan soll im Jahre 1979 beendet sein. Dann werden rund 800 Millionen DM in riesige Wasserbauprojekte investiert werden sein. Man geht davon aus, daß die Bundesregierung von dieser Summe allein 600 Millionen Mark bereitstellen wird. In der Großen Koalition herrscht Einmütigkeit darüber, Gelder in diesem Umfang bereitzustellen, wenn die schleswig-holsteinische Landesregierung sich entsprechend beteiligt.

Durch den Küstenschutzplan soll die Seedeichlinie von früher 500 km Länge auf 290 km verkürzt werden. Gegenwärtig wird besonders vor der Eidermündung mit Nachdruck gearbeitet. Hier wird die Deichlinie durch den Bau eines der größten europäischen Sperrwerke von 72 km auf drei km reduziert.

Weitere wichtige Projekte, die gezielt dem Schutz der Bevölkerung dienen, laufen in der Eidermündung. Schon im nächsten Herbst werden die Sperrwerke an den Mündungen der Eidernebenflüsse Krückau und Pinnau ihrer Bestimmung übergeben. Diese Projekte kosten allein 65 Millionen DM. Anschließend soll die Störmündung abgesperrt werden. Dann besteht für die Städte Pinneberg, Uetersen und Itzehoe nicht mehr Gefahr der Überschwemmung. In diesen Orten hatte es auch nach der Februarsturmflut noch Hochwasserschäden gegeben.

Ein weiteres Großprojekt wird voraussichtlich im nächsten Jahr anlaufen. Hier wird sich der Bund fast vollständig an der Finanzierung beteiligen. Für 90 Millionen DM soll die Meldorfer Bucht eingedeicht werden. Das Bundesverteidigungsministerium benötigt hier einen Übungsplatz. Daneben sollen sogenannte Speicherköbge in dem neuen Koog angelegt werden, damit ein Areal von 40.000 Hektar Land bis weit nach Schleswig-Holstein hinein Überschwemmungsfrei gehalten werden kann.

Ein weiteres Großprojekt im Rahmen des Küstenplans sieht vor, die Insel Nordstrand mit dem Festland zu verbinden. Zu dieser Insel führt bislang nur ein Straßendam. Durch eine zweite Deichlinie, die nach Nordosten durch das Wattenmeer verläuft, soll Nordstrand mit dem Festland verbunden und die Deichlinie erheblich verkürzt werden. Dieses Projekt wird 38 Millionen DM kosten.

Weitere Großprojekte sind auf der Nordseeinsel Sylt beabsichtigt, um sie einmal als Ferienparadies zu erhalten und um sie zum anderen vor dem weiteren Abbruch der Steilküste zu schützen. Mit Hilfe von Bühnen aus Tetrapoden will man die Sandwanderung vor der Steilküste stoppen. Bislang hat man zum Küstenschutz in Sylt schon 14.000 Tetrapoden, davon allein 6.700 vor Hörnum vor dem Strand geschichtet.

Kanzler-Reise unter neuen Vorzeichen

Eine wichtige Rolle wird die EWG spielen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Als im Mai die Besuchsreise des Bundeskanzlers nach Spanien und Portugal auf Oktober verschoben wurde, hatte niemand ahnen können, daß diese als reine Höflichkeitsgeste gewertete erste offizielle Besuchareise eines deutschen Regierungschefs auf der Pyrenäenhalbinsel sich in ein erstrangiges Politikum verwandeln könnte.

Seit Mai hat sich in Spanien und Portugal die Lage erheblich geändert: Die spanisch-amerikanischen Stützpunktgespräche brachen zusammen, in Portugal schied Ministerpräsident Salazar nach 40 Jahren aus der Politik aus, in beiden Ländern wächst der Wunsch, sich an der europäischen Integration zu beteiligen, weil für die beiden autoritären Systeme auf der Iberischen Halbinsel auf lange Sicht nur die Isolierung bleibt oder die Mitwirkung am Aufbau Europas. Um eine neue Isolierung durchzustehen, fehlt beiden Ländern die physische Kraft. Sie sind auf die Gemeinschaft der europäischen Völker angewiesen, was in richtige Sprache übersetzt heißt: Die bisherigen Strukturen politischer und gesellschaftlicher Art sind überlebt, sie müssen denen des demokratischen Westeuropas angeglichen werden, wenn auch über Nacht keine einschneidenden Änderungen möglich sind.

Bundeskanzler Kiesinger wird als erster Regierungschef in Lissabon am 24. Oktober mit dem neuen portugiesischen Ministerpräsidenten Marcello Caetano zusammentreffen, der trotz seiner autoritären Grundeinstellung für eine Auflockerung des 40 Jahre alten portugiesischen Polit-Systems eintritt und für eine gemächliche Demokratisierung. Caetano hat keine andere Wahl; er steht vor der schwierigen Aufgabe, die Überreste des einstigen portugiesischen Kolonial-Imperiums in Afrika zu liquidieren und verfolgt damit die gleiche Taktik, die Frankreichs General de Gaulle im Jahre 1958 in der Algerien-Frage anwandte. Über die zweiseitige deutsch-portugiesische und die deutsch-spanische Zusammenarbeit wird in diesen Wochen viel die Rede sein, es wird wohlmeinende Lobsprüche hageln, und doch wird es hinter den Kulissen um eine ganze Fülle konkreter Probleme gehen, sei es auf handelspolitischem Gebiet, auf dem Felde der industriellen Zusammenarbeit auch in der friedlichen Ausnutzung der Kernenergie bis zu den Gastarbeitern und der wirtschaftlichen Anpassung Spaniens und Portugals an die EWG.

Die EWG spielt zweifellos eine wichtige Rolle in den Gesprächen, die in Kürze in Lissabon und Madrid darüber Aufschluß geben sollen, ob die beiden iberischen Länder auch innerlich bereit sind, den Weg nach Europa konsequent zu wagen. In Spanien wie in Portugal gab es in jüngster Zeit einige Ansätze zu neuer Liberalisierung. Freilich macht eine Schwalbe noch lange keinen Sommer, denn grundsätzliche Entscheidungen zugunsten wirklich demokratischer Verhältnisse stehen

in beiden Ländern noch aus.

Den Regierungen in Lissabon und Madrid wurde von EWG-Diplomaten oft genug erklärt, die EWG sei nicht gewillt, sich mit der Hypothek kolonialer Auseinandersetzungen in Afrika (im Falle Portugals) oder mit der Hypothek fehlender demokratischer Verhältnisse nach dem bewährten Muster der Sechsergemeinschaft zu belasten. In letzter Zeit wurde gerade in Spanien häufig der Eindruck erweckt, die Beteiligung Madrids an der EWG hänge allein ab von Apfelsinen-Exportzahlen oder der Verminderung von Schutzzöllen für Automobile und Maschinen. Dies ist richtig - und doch wird am entscheidenden Problem vorteilgeredet. Worauf es ankommt: Ein Zeitplan, der die schrittweise Einführung der repräsentativen Demokratie und den Abbau autoritärer Herrschaftsmerkmale vorsieht. Solange ein solcher Zeitplan von Lissabon und Madrid nicht verbindlich ausgearbeitet wird, stehen die iberischen EWG-Chancen schlecht.

Ein Argument wird freilich Kiesinger beeindrucken: Die Spanier und Portugiesen werden erklären, auch in Griechenland sei die Demokratie abgeschafft, ohne daß dieses an die EWG assoziierte Land auch nur die geringsten Einbußen seiner EWG-Rechte erfahren habe. Der Vergleich mit Griechenland wird manchen europäischen Politiker zum Nachdenken veranlassen und ihm klarmachen, daß in dieser Hinsicht einiges versäumt wurde. Doch andersherum gesehen, hat nicht die EWG beantragt, Spanien oder Portugal unter ihre Fittiche zu nehmen: Portugal bekundete letzthin EWG-Interesse, Spanien bemüht sich seit November 1962. Dies verändert die Positionen ganz entscheidend: Die EWG-Länder besitzen die politisch stärkeren Argumente, von ihnen hängt es ab, ob und in welcher Form eine Zusammenarbeit und ein Zusammenschluß möglich ist.

Großbritannien wartet seit Jahren auf die EWG-Mitgliedschaft, weil ein Mitglied der Sechsergemeinschaft politische, aber vor allem wirtschaftliche Vorbehalte äußert. Bei den iberischen Ländern, die mit Deutschland freundschaftlich verbunden sind, traten politische Vorbehalte weniger in den Vordergrund, doch spielten sie eine wichtige Rolle bei allen Verhandlungen hinter den Kulissen. Der Kanzler wird in Spanien und Portugal mit einer Problematik hochbrisanten Inhalts konfrontiert. Man wird genau zu beachten haben, was die Regierungsspitzen in Madrid und Lissabon in Fragen der europäischen Integration und der Verteidigungspolitik vorzubringen haben.

In Lissabon und Madrid weiß man allerdings, daß endgültige Entscheidungen über ihre EWG-Wünsche nicht bei einem Staatsbesuch fallen. Sie haben jedoch die Chance, ihren Willen zur europäischen Zusammenarbeit durch Taten zu beweisen.